

KENFM AM TELEFON: WILLY WIMMER ÜBER REALPOLITIK (STEINMEIER, TRUMP, NETANYAHU)

Posted on 17. Februar 2017

Steinmeier. Trump. Netanyahu. Realpolitik im Fokus.

Wer als Journalist in Zeiten des Internets Realpolitik einordnen möchte, tut gut daran, sich nicht vom Tempo der Veröffentlichungen zum Sklaven machen zu lassen. Abstand zum Ereignis und Entschleunigung gegenüber der digitalen Welt sind hier ein wesentlicher Faktor, um für den User einen Mehrwert zu generieren.

Der Konsument von Presse soll im Anschluss mehr verstanden haben, nicht weniger. Er soll nicht einen weiteren Teilausschnitt erhalten, den er nicht einordnen kann, statt dessen bemühe man sich ihm das ganze Bild zu erläutern. Alles hängt mit Allem zusammen. Presse hat so gesehen auch etwas mit Dienstleistung zu tun.

KenFM sprach mit Willy Wimmer über drei Ereignisse der Tagespolitik, die nur scheinbar nicht viel miteinander zu tun haben.

Frank-Walter Steinmeier ist der neue Bundespräsident der BRD. Er bezeichnete Donald Trump noch während dessen Wahlkampfes als Hassprediger. Damals ging kaum jemand aus dem Establishment davon aus, dass Trump das Rennen machen würde. Trump ist auf die politische Kaste nicht gut zu sprechen. Wie wird er mit Frank-Walter Steinmeier umgehen? Wird dieser überhaupt in die USA eingeladen?

Trump muss weg. Nach diesem Fahrplan agiert aktuell die US-Presse als Werkzeug der Geheimdienste. So wurde ein von der NSA abgehörtes Telefonat, dem von Trump gewünschten Nationalen Sicherheitsberater zum Verhängnis. General Flynn hatte vor Monaten mit dem russischen Botschafter telefoniert und mit ihm auch über das mögliche Ende der Sanktionen gegen Russland gesprochen. Daraus konstruierte die Anti-Trump-Presse Erpressbarkeit. Flynn wurde gefeuert. Was sagt uns das alles über die Zerrissenheit der US-amerikanischen Gesellschaft und ihren Machtapparat? Wie unberechenbar sind die USA 2017?

Benjamin Netanyahu besucht das Weiße Haus und macht wenig später einen geknickten Eindruck. Der US-Präsident, der sich eben noch als größter Fan Israels bezeichnete, lehnt wie Netanyahu die Zwei-Staaten-Lösung ab, schlägt dann aber nur EINEN gemeinsamen Staat vor. Das wäre dann das Ende des zionistischen

Apartheid-Staates. Auch die US-Botschaft in Israel bleibt in Tel Aviv und wird nicht nach Jerusalem verlegt. "America first" bedeutet vor allem, sich bei allem „Gefallen“ für Vasallen, die Frage nach den ökonomischen Kosten zu stellen.

Zoff in der Nachbarschaft Israels verteuern den Öl-Preis. Trump setzt Prioritäten.

+++

Dir gefällt unser Programm? Informationen zu Unterstützungsmöglichkeiten

hier: <https://www.apolut.de/kenfm-unterstuetzen/>